

# NRW-Schulfrieden stiftet Unruhe

In den Gemeinden sind die Meinungen geteilt

Von Stephan Lüke

Die Aktualität hat der CDU von Hamminkeln einen Strich durch die Rechnung gemacht. Eigentlich hatte sie am vergangenen Dienstag ins Bürgerhaus eingeladen, um die Pläne der Stadt zu erörtern, sich am Schulversuch des Landes Nordrhein-Westfalen zu beteiligen und eine Gemeinschaftsschule einzuführen. Doch dann sollte – nur wenige Stunden vor Beginn der Bürgerversammlung – nach Ansicht von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), der grünen Bildungsministerin Sylvia Löhrmann und Oppositionsführer Norbert Röttgen (CDU) eine historische Stunde schlagen: Ein Schulfrieden wurde geschlossen. Nebeneffekt: das Aus für die von der Landesregierung per Schulversuch auf den Weg gebrachte Gemeinschaftsschule. Man einigte sich darauf, die Sekundarschule zu etablieren.

Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Formen ist nicht nur die Veränderung des Namens. Sekundarschulen sollen in der Regel der Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen sein. Doch anders als ursprünglich von der rot-grünen Koalition angestrebt, dürfen sie keine eigene Oberstufe bilden. Sie müssen mit anderen Schulen, die zum Abitur führen, kooperieren.

Während dies bei der CDU als Meilenstein zum Erhalt des Gymnasiums gefeiert wird, strahlen SPD und Grüne über den Einstieg ins längere gemeinsame Lernen – an Sekundarschulen werden die Klassen fünf und sechs integrativ unterrichtet. Nach den Sommerferien soll der Frieden im Schulgesetz verankert werden.

## Noch erkennt nicht jede Kommune den Mehrwert der Sekundarschulen

In vielen Kommunen des Landes macht sich indes zunächst einmal Ernüchterung breit. Schließlich hatten sich mehr als 100 Städte nach meist langem und zähem politischen Ringen entschieden, bis zum Herbst ihre Bewerbung für eine Gemeinschaftsschule abzugeben. Viele stellen sich jetzt die Frage, ob die beschlossene Sekundarschule eine wirkliche Alternative darstellt.

So auch in Hamminkeln. Noch verfügt die knapp 28 000 Einwohner starke Kommune über eine Real- und zwei Hauptschulen. Wer das Abitur anstrebt, muss spätestens nach Klasse zehn nach Bocholt oder Wesel reisen. Auch um das zu ändern, hatte sich die Stadt für die Gemeinschaftsschule entschieden. Die Chance, die gymnasiale Oberstufe nach Hamminkeln zu holen, ist nun verbaut.

Realschul-Rektor Manfred Niepor, der stolz auf eine 70-prozentige Übergangsquote seiner Schülerinnen und Schüler in eine Oberstufe verweist, bringt es auf den Punkt: „Wenn wir jetzt die Sekundarschule einführen, müssen wir fragen, ob wir das Bestehende damit verbessern.“ Noch erkennt man in der Kommune einen sol-

chen Mehrwert nicht. Die Einstellung könnte sich im Laufe der nächsten Jahre ändern.

Denn obwohl beide Hauptschulen gute Arbeit leisten, wird eine von ihnen über kurz oder lang schließen – immer weniger Eltern melden ihr Kind an dieser Schulform an. Da liegt Hamminkeln im Trend des gesamten Landes. In drei Jahren wird es soweit sein, glauben Insider. Dann könnte die Sekundarschule wieder zum Thema werden.

## Für erste Modellschulen ändert sich mit dem Düsseldorfer Konsens nichts Wesentliches

Weitaus positiver als in Hamminkeln wird die Einigung der großen Landesparteien in Ascheberg gesehen. „Wir sind der Wegbereiter dieses Schulfriedens“, sagt CDU-Bürgermeister Bert Risthaus. Nur weil seine Gemeinde über Fraktionsgrenzen hinweg für eine Schulform gekämpft habe, die die Probleme des demografischen Wandels und das Streben nach gymnasialen Standards aufgreife, sei es überhaupt zum Schulversuch Gemeinschaftsschule gekommen.

Der Düsseldorfer Konsens verändere für Ascheberg nichts Wesentliches, zumal man von vorneherein keine Oberstufe habe etablieren wollen. Das Städtchen im Münsterland zählt nun zu jenen zwölf Exoten, die den Schulversuch Gemeinschaftsschule wie geplant durchführen dürfen. Danach werden sie „unter Wahrung ihrer Struktur in das Regelschulsystem überführt“ – so jedenfalls sieht es das Konsenspapier von SPD, Grünen und CDU vor.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, aber auch der Städtetag sehen NRW damit auf dem richtigen Weg. Der Verband Bildung und Erziehung wertet die Einführung der Sekundarschule als Bewegung in Richtung Zweigliedrigkeit.

Zunächst aber wird die Mehrgliedrigkeit vergrößert. Künftig gibt es im einwohnerstärksten Bundesland folgende weiterführende Schulen: Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Sekundarschulen, Berufskollegs und Förderschulen. „Diesem unüberschaubaren Nebeneinander“ gibt der Kölner Bildungsexperte Michael Becker-Mrotzek keine dauerhafte Perspektive: „Das wird sich auch finanziell nicht durchhalten lassen.“

Bei der FDP löst die Etablierung der Sekundarschule bereits parteiinternen Ärger aus. Während Fraktionschef Gerhard Papke das Konzept, Kinder in der fünften und sechsten Klasse gemeinsam lernen zu lassen, als „pädagogisch unverantwortliche Entscheidung, unter der alle Kinder leiden werden“, abkanzelt, meldet sich der Ex-Chef der Landespartei Andreas Pinkwart völlig anders zu Wort: „Der Konsens entspricht unserem Wahlprogramm, sodass man ihn eigentlich als Erfolg bewerten könnte.“